…, 14. August 1932

tock

Qualitätswaren
…nstoffe
… praktische … gutstragfäh. …ed, Dessins, Mtr ℳ 4.50, 3⁵⁰
… für Kieler … strapazier- … Spezialqual., Mtr ℳ 6.50, 4⁵⁰
…ür elegante … gute, rein- …rnqualitäten, Mtr ℳ 7.50, 6⁵⁰
… prakt. Sport- …ocker, reinw. …past. Mustern, Mtr ℳ 7.50, 6⁵⁰
… den blauen …aine, Kamm- …w. Fabrikate, Mtr ℳ 9.50, 6⁵⁰
…ür Smoking- …ge, rein- …qualitäten, Mtr ℳ 9.50, 7⁵⁰
…ür Cut-Bein- …te Streifen- …ziös. Qualit., Mtr ℳ 10.50, 7⁵⁰
…r den ver- …zug, mod. …mmgarne, Mtr ℳ 14.50, 10⁵⁰

…ie Renner

…berg
…sche
…ur
…ffelbruch
… Kaiser Straße 92/94

78. Jahrgang. Nr. 382 — Montag, 15. August 1932

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Gegründet 1856

… Nr. 20011 … Geschäftsstelle: … Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.80 Mk. einschließlich 66 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Preisnachlaß lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Verhandlungen mit Hitler ergebnislos

Die amtliche Mitteilung der Reichsregierung

Berlin, 14. August. Amtlich wurde am Sonnabendabend mitgeteilt: „Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers v. Papen den Führer der NSDAP., Adolf Hitler, zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung. Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP. in die von dem Reichskanzler v. Papen geleitete Regierung einzutreten. Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen. Reichspräsident v. Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen. Die Aussprache schloß alsdann mit einer ernsten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angekündigte Opposition der NSDAP. ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben.

Vor dem Empfang bei dem Herrn Reichspräsidenten hatte im Laufe des Vormittags eine Aussprache des Reichskanzlers mit Herrn Hitler stattgefunden. In dieser Aussprache hatte sich der Reichskanzler erboten, dem Herrn Reichspräsidenten Herrn Hitler als Vizekanzler in der gegenwärtigen Regierung vorzuschlagen und ferner einige weitere geeignete Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung mit wichtigen politischen und sachlichen Ministerien zu betrauen, um dieser Bewegung einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß auf die Staatsführung einzuräumen."

Der Reichspräsident wieder in Neudeck

Berlin, 14. August. Reichspräsident von Hindenburg hat Berlin Sonnabend abend verlassen. Er ist abends 7½ Uhr mit dem fahrplanmäßigen Ostpreußenzug nach Neudeck abgereist, wo er einige Zeit verbringen will. Vor der Abreise empfing der Reichspräsident den Reichskanzler von Papen zu einer kurzen Schlußbesprechung, über die amtlich folgendes mitgeteilt wird:

„Der Herr Reichspräsident brachte vor seiner Abreise nach Neudeck gegenüber dem Reichskanzler, der sich von ihm verabschiedete, zum Ausdruck, daß, nachdem nunmehr Klarheit über die politische Lage geschaffen sei, mit der größten Beschleunigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vordringlichen Aufgaben gefördert werden müßten. Der Herr Reichspräsident erklärte hierbei dem Reichskanzler, daß er seiner tatkräftigen Unterstützung bei der Erledigung dieser Aufgaben gewiß sein könne."

Parteiamtliche Stellungnahme der NSDAP.

Berlin, 14. August. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: Der Führer wurde gestern zu Besprechungen zum Reichskanzler von Papen und im Anschluß daran zu Reichspräsident von Hindenburg gebeten. Auf die ihm vorgelegten Fragen, ob er und die Partei bereit seien, in eine Regierung von Papen zur Mitarbeit einzutreten, erklärte der Führer: Wir sind gewillt und entschlossen, die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung zu übernehmen, wenn man uns dafür die eindeutige Führung der Regierung anvertraut. Ist das nicht der Fall, so kann die nationalsozialistische Bewegung weder an der Macht noch an der Verantwortung teilnehmen. Insbesondere kommt ein Eintritt in die Regierung Papen für die Partei nicht in Frage. Da aber der Reichspräsident von Hindenburg es ablehnte, die nationalsozialistische Bewegung als stärkste Partei mit der Führung der Regierung zu betrauen, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen.

Die nunmehr getroffenen Maßnahmen für die weitere Fortführung des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung werden in einer in der kommenden Woche stattfindenden Führertagung bekanntgegeben werden. Der Führer verließ noch am Sonnabend Berlin.

Zu dem amtlichen Kommuniqué über die Zusammenkunft Hitler-Hindenburg-Papen, das in manchen Punkten nicht unbedeutende Unrichtigkeiten enthält, wird die NSDAP. noch Stellung nehmen."

Der Kampf geht weiter

Die Entscheidung, die als Ergebnis der Aussprache Hindenburg—Papen—Hitler noch am Sonnabend bekanntgegeben wurde, ist für alle Teile gleich unbefriedigend. Sie bildet überhaupt keine Lösung, denn sie läßt alles offen. Hitler ist mit seinen weitgehenden Forderungen nicht durchgedrungen, und die Präsidialregierung Papen ist durch die nationalsozialistische Oppositionserklärung in ihren Grundlagen erschüttert. Das ist ein Zustand, der neue Spannungen schafft, jede positive Aufbauarbeit hindert und nur einige Wochen, bis zum Zusammentritt des Reichstages, andauern kann. Darum kann man auch nicht annehmen, daß dieses Auseinandergehen mit einem beiderseitigen Nein das letzte Wort ist. Vielleicht hatten sich sowohl der Reichspräsident wie der nationalsozialistische Führer auf ihrem entgegengesetzten Standpunkte vorher in der Oeffentlichkeit zu stark festgelegt, als daß einer sofort hätte nachgeben können. Aus all den Gründen, die noch am Sonntag hier auseinandergesetzt wurden, kann es nicht dabei bleiben. Denn einerseits zeigt die nationalsozialistische Bewegung mit ihrem stürmischen Drängen zur Macht, daß sie den Zeitpunkt für ihre Einschaltung für gekommen hält, anderseits kann die Papenregierung der nationalsozialistischen Unterstützung nicht entraten, wenn sie auf verfassungsmäßigen Wegen an der Macht bleiben will.

Wenn also nicht vor der Reichstagseröffnung neue Verhandlungen angebahnt werden, dann kann man sich die weitere Entwicklung nur so vorstellen, daß das Kabinett Papen vor das Parlament tritt und dort von einer noch nie dagewesenen Mehrheit der Nationalsozialisten, der katholischen Mitte und der gesamten marxistischen Linken gestürzt wird. Jeder Versuch, ein solches Mißtrauensvotum zu verhindern oder zu ignorieren, würde über den Rahmen der Verfassung hinausführen. Nach allen bisherigen Versicherungen ist es undenkbar, daß der Reichspräsident daran auch nur denkt. Dann bliebe also nur eine neue Reichstagsauflösung, die jedenfalls kein für die Regierung günstigeres Ergebnis verspricht oder ihr Rücktritt. In diesem Falle wäre wieder Hitler als Führer der weitaus größten Partei der Mann, der den Schlüssel zur Lösung in der Hand hat, und es bestünde die Gefahr, daß die Rückbildung der Regierungsverhältnisse zu einer parlamentarischen Koalition der Rechten und der Mitte zwangsläufig wird, die der Reichspräsident vermieden wissen wollte. Hitler könnte dann mit den Mitteln der Verfassung in einem gewissen Umfange erzwingen, was ihm jetzt verweigert worden ist, wenn ihm das Zentrum dabei behilflich ist, und dieses scheint über den Koalitionsweg durchaus dazu bereit zu sein, wenn auch aus ganz anderen Motiven, nämlich zur Rettung des Parlamentarismus, an der weder Hindenburg noch Hitler etwas gelegen sein kann. Bis zu dem Augenblick, da diese Entscheidung spruchreif wird, hat die Hitlerbewegung durch ihre Oppositionserklärung wieder die völlige Bewegungsfreiheit gegenüber der Regierung errungen, die sie im Wahlkampf teilweise verloren hatte. Sie kann sich unabhängig halten und durch den Druck ihrer parlamentarischen Gruppe von außen her vielleicht einen stärkeren Einfluß ausüben, als durch die Besetzung einiger Posten in der Regierung.

Zwischen der amtlichen Mitteilung über den Abbruch der Verhandlungen und der nationalsozialistischen Stellungnahme klafft ein auffallender Widerspruch insofern, als von der Regierung behauptet wird, Hitler hätte die Auslieferung der gesamten Staatsgewalt verlangt, während die nationalsozialistische Darstellung nur von dem Verlangen nach der eindeutigen Führung spricht. Vielleicht liegen in der Ausdeutung dieses gegenseitigen Mißverstehens Möglichkeiten zur späteren Ueberwindung der Gegensätze. Jedenfalls ist eine nationale Regierung gegen die Opposition des größten Teiles der nationalen Bewegung auf die Dauer unmöglich. Irgendwie muß auch nach diesem ersten Scheitern der Verhandlungen die Synthese zustande kommen, wenn die nationale Sache nicht unheilvollen Schaden erleiden soll.

Die nächste Entscheidung liegt jetzt beim Reichstag

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. August. Ueber den für die kommende innerpolitische Entwicklung Deutschlands höchst bedeutsamen Sonnabend mit seinen dramatischen Entscheidungen, deren Tragweite und Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind, ist noch im einzelnen folgendes nachzutragen:

Nachdem Hitler am Sonnabendvormittag eine Unterredung mit dem Reichswehrminister, General v. Schleicher, gehabt hatte, verbreitete sich in politischen Kreisen bereits das Gerücht, daß die Sache im Hinblick auf eine Verständigung alles andere als gut stände. Man schätzte die Chancen für und gegen eine Kanzlerschaft Hitlers aber noch immer auf 50 : 50. Dieser Prozentsatz verschob sich in den ersten Nachmittagsstunden, als Hitler mit dem Reichskanzler gesprochen hatte. Die Auffassungen über das, was innerpolitisch wünschenswert sei, standen sich bei den beiden Unterhändlern scharf gegenüber. Schon ging das Gerücht in der Wilhelmstraße um, daß die Verhandlungen endgültig gescheitert seien und daß die Besprechung, die am Nachmittag beim Reichspräsidenten stattfinden sollte, nur noch formalen Charakter hätte. Allerdings trat man an zuständiger Stelle schon bald darauf diesen Gerüchten, die teilweise bereits den Weg in die Presse gefunden hatten, entgegen, und erklärte, sie eilten den Tatsachen weit voraus.

Die Entscheidung selbst ist dann in der Besprechung beim Reichspräsidenten gefallen, die am Sonnabend um 4,15 Uhr nachmittags begann und nur zwanzig Minuten andauerte.

Ueber den Inhalt dieser Unterredung, die unter Umständen von geschichtlicher Bedeutung ist, liegt die obige ausführliche Verlautbarung vor. Unter der Hand erfährt man noch, daß die verhältnismäßig kurze Dauer dieser Besprechung nicht zuletzt darauf zurückzuführen sei, daß der Reichspräsident über die Hitlerschen Forderungen, die nach seiner Auffassung auch über die Funktionen und den Machtbereich des Reichspräsidenten hinweggehen würden, erheblich verstimmt war. Der Reichspräsident hat offenbar die Forderung Hitlers, ihm die gesamte Staatsgewalt zu übertragen, auch dahingehend verstanden, daß praktisch die Machtbefugnisse, die dem deutschen Staatsoberhaupt obliegen, wenn nicht beseitigt, so doch erheblich eingeschränkt und beschnitten werden sollen. Tatsächlich verlautet, daß Hindenburg Hitler erklärt habe, daß, für den Fall gewaltsamer Unternehmungen, die Reichsregierung schärfste Maßnahmen ergreifen werde, worunter wohl die Verhängung des Ausnahmezustandes zu verstehen ist. Diese Mahnung scheint inzwischen bereits überholt zu sein. Nicht nur,

daß Hitler sofort versichert hat, daß er keinesfalls an illegale Maßnahmen denke, sondern darüber hinaus hat der Führer der Nationalsozialisten noch im Laufe des Sonnabends der gesamten SA. einen achttägigen Urlaub gewährt.

Tatsächlich ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag vollständige Ruhe gewesen, und auch der Sonntag selbst hat irgendwelche Unternehmungen, die auf gewaltsame Pläne seitens der Nationalsozialisten schließen lassen könnten, nicht gebracht.

Viel erörtert wird im übrigen auch, daß der Reichspräsident Hitler an jene Zusicherung erinnert habe, die Hitler seinerzeit hinsichtlich der Unterstützung des Kabinetts Papen durch die Nationalsozialisten gegeben hat. Offenbar sind aber hinsichtlich der Auslegung gewisse Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnisse entstanden. Nationalsozialistischerseits steht man auf dem Standpunkte, daß die Zusicherung einer Tolerierung der Regierung von Papen selbstverständlich nur unter den damals gegebenen Verhältnissen erfolgen konnte. Die Reichstagswahl habe eine neue Situation geschaffen, und es sei gerade in politischen Dingen vollständig ausgeschlossen, gewissermaßen eine Blankozusicherung über einen so bedeutungsvollen innerpolitischen Abschnitt, wie ihn die Reichstagswahl bedeute, hinaus zu geben.

Der Reichspräsident von Hindenburg und Adolf Hitler haben noch am Sonnabend Berlin verlassen.

Der Reichskanzler empfing noch zwei Vertreter der Zentrumspartei und Vertreter des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten.

Was den Besuch der Zentrumsführer angeht, so hatte wohl der Reichskanzler das Bedürfnis, sie über die inzwischen eingetretene Situation zu unterrichten. Es heißt, daß die Zentrumsführer sehr zurückhaltend gewesen seien und sich darauf beschränkt hätten, den Papenschen Bericht entgegenzunehmen. Der Empfang der Stahlhelmführer bezog sich wohl in erster Linie auf den bevorstehenden 13. Frontsoldatentag in Berlin. Der Stahlhelm hat den Reichskanzler gebeten, ihm für diese Tagung Demonstrationsfreiheit zuzubilligen, auch ist es der Wunsch des Stahlhelms, daß für den großen Frontsoldatenappell Ausnahmen hinsichtlich des Bannmeilengesetzes gemacht werden. Der Stahlhelm möchte gern nach dem Frontsoldatenappell im Lustgarten über die Linden durch das Brandenburger Tor ziehen und dort den Vorbeimarsch veranstalten.

Hinsichtlich der innerpolitischen Folgen, die der Konflikt vom Sonnabend haben wird, tappt die gesamte politische Oeffentlichkeit vollständig im Dunkeln.

Die Unsicherheit, die während der Tage der Regierungsverhandlungen zumindest in politischer Hinsicht ob-

SLUB
Wir führen Wissen.